

TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH
 Hagenower Str. 73
 19061 Schwerin

Antrag eines Unternehmens auf Gewährung einer De-minimis-Zuwendung zur Förderung der Anwendung von Künstlicher Intelligenz¹ für KMU² mit bis zu 100 Mitarbeitern

1. Antragsteller

1.1. Firma			
1.2. Rechtsform			
1.3. Straße		1.4. Hausnummer	
1.5. PLZ		1.6. Ort	
1.7. Telefon		1.8. Fax	
1.9. Internetseite		1.10. E-Mail	
1.11. Geschäftsführer			

1.12. Ansprechpartner			
1.13. Telefonnummer Ansprechpartner			

1.14. Bank			
1.15. IBAN		1.16. BIC	

¹ basierend auf der Richtlinie über die Gewährung von De-minimis Zuwendungen zur Förderung der Anwendung von Künstlicher Intelligenz; Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern vom 10. Juni 2026 (AmtsBl. M-V 2026 vom 29. Juni 2026, S. 521) (nachfolgend Förderrichtlinie)

² Unternehmen im Sinne der KMU-Definition gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.06.2014, S. 1)

Förderung der Anwendung von Künstlicher Intelligenz

1.17. Wirtschafts-Identifikations- nummer (W-IdNr.)			
1.18. NACE-Klassifikation (www.klassifikationsserver.de → Wirtschaftszweig- klassifikationen → aktuellste Ausgabe)			
1.19. Handelsregister-Nr.			
1.20. zuständiges Amtsgericht			
1.21. Datum der Eintragung		1.22. Gründungsdatum	

1.23. Kammerzugehörigkeit	
------------------------------	--

1.24. Besteht im Rahmen des beantragten Vorhabens Vorsteuerabzugs- berechtigung?	☐ Ja ☐ Nein
--	---

1.25. Inhaber/Gesellschafter/Aktionäre (ggf. auf gesondertem Blatt fortführen)	
Name/Firma	Beteiligung in %
Summe	

2. Projektangaben

2.1. Titel des hier beantragten Vorhabens			
2.2. Kurzbeschreibung des hier beantragten Vorhabens, max. 250 Zeichen			

2.3. geplanter Projektbeginn (nicht vor elektronischem Antragsingang bei der Bewilligungsbehörde)		2.4. geplantes Projektende (spätestens 12 Monate nach Projektbeginn)	
--	--	---	--

2.5. Ort der Durchführung	
------------------------------	--

2.6. Das beantragte Vorhaben beinhaltet die Einführung von KI-Lösungen mit dem Ziel der Verbesserung von Prozessen in folgenden Anwendungsbereichen des antragstellenden Unternehmens: (bitte ankreuzen)	
Leistungserbringung (Produktion und Dienstleistung):	☐ Terminplanung und Disposition ☐ Materialbedarfsprognose ☐ Qualitätssicherung ☐ Wissens- und Supportsysteme ☐ vorausschauende Wartung ☐ generatives Design ☐ Werker-Assistenz-Systeme ☐ Prozessautomation ☐ Kundenservice ☐ Sprachassistenten
Logistik:	☐ Lagerbestandsoptimierung ☐ Absatzprognosen ☐ Routenoptimierung ☐ Laderaum-Optimierung ☐ Terminplanung
Marketing und Vertrieb:	☐ automatische Social-Media-Posts ☐ Website-Chatbots ☐ Preisoptimierung ☐ Kundenfeedback-Analyse ☐ Angebotserstellung ☐ Nachfrageprognose ☐ Content-/Text- Erstellung
IT-Sicherheit:	☐ Cybersicherheit, Cyber-Abwehr ☐ Datenflusskontrolle ☐ Identitäts- und Zugriffskontrolle

2.7.

Welcher Prozess im oben angekreuzten Anwendungsbereich wird durch die KI-Lösung verbessert?

2.8.

Wie wird der Prozess bisher umgesetzt (IST-Zustand)? Bitte ggf. Fotos/Skizzen/Schemata beifügen.

2.9.

Wie wird der Prozess unter Einsatz welcher KI-Lösung zukünftig umgesetzt (SOLL-Zustand)?

2.10.

Welche Vorteile ergeben sich aus dem Einsatz der KI-Lösung in Bezug auf Ihre Wettbewerbsfähigkeit (z.B. Veränderungen von Umsatz, Kosten, Gewinn, Produkt- bzw. Leistungsqualität)?

2.11.

Erläutern Sie bitte die einzelnen geplanten Investitionen in Bezug auf Funktion, Notwendigkeit und Stückzahlen.

2.12.

Sofern für die einzuführende Lösung zwingend erforderliche sonstige Leistungen wie etwa Schulungen oder Beratungen geplant sind, erläutern Sie bitte deren Inhalte und Notwendigkeit.

3. Finanzierungsplan

Ausgaben

alle Angaben in EUR

[illegible]

Hinweise:

- Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, sind für den den Zuwendungszweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der Zweckbindungsfrist nur mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde anderweitig verfügen oder sie für andere Zwecke verwenden. Die Zweckbindungsfrist beginnt mit dem Erwerb des Gegenstandes und endet drei Jahre nach der Abschlusszahlung an den Zuwendungsempfänger.
- Zuwendungsfähig ist nur der Kauf von Wirtschaftsgütern. Die Herstellung (Selbsterstellung) von Wirtschaftsgütern sowie der Erwerb mit besonderen Finanzierungsformen wie etwa spätere Zahlungen mit und ohne Einverständnis des Lieferanten als Gläubiger, Miete, Leasing und Mietkauf sind von der Förderung ausgeschlossen.
- Gebrauchte Wirtschaftsgüter und Wirtschaftsgüter, für die eine andere öffentliche Förderung beantragt oder gewährt wird/wurde, sind nicht zuwendungsfähig.

Einnahmen (Deckungsmittel)

3.4. Fördersatz gemäß Richtlinie	%
-------------------------------------	---

[in EUR]

3.5. Eigenanteil	
3.6. Einnahmen mit dem Projekt ³	
3.7. Finanzierung durch Dritte	
3.8. weitere öffentliche Mittel ⁴	
3.9. beantragte Zuwendung	
3.10. Gesamtfinanzierung (Deckung in Höhe der Gesamtausgaben)	

³ Beachten Sie Nr. 7.4.2 der Förderrichtlinie. Bitte legen Sie die Art und Zusammensetzung der Einnahmen gesondert dar.

⁴ Anzugeben sind früher beantragte, bereits bewilligte oder noch geplant zu beantragende öffentliche Finanzierungshilfen für dasselbe Vorhaben (EU, Bund, Land etc.).

4. Erklärungen

☐ Ich erkläre / Wir erklären,

- 4.1. die auf der Homepage der Bewilligungsbehörde unter www.tbi-mv.de/download enthaltenen Hinweise und Informationen zur Kenntnis genommen zu haben.
- 4.2. dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist, bevor der elektronische Antrag bei der Bewilligungsbehörde eingegangen ist und dass ein Beginn vor Bewilligung der Zuwendung auf eigenes Risiko erfolgt und daraus kein Anspruch auf die Gewährung der Zuwendung entsteht. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn die Aufnahme von Arbeiten gilt, welche dem beantragten Vorhaben zuzuordnen sind und nicht lediglich als vorbereitende Arbeiten einzustufen sind und dass der Abschluss eines der Ausführung des Vorhabens zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags grundsätzlich als Vorhabenbeginn zu werten ist.
- 4.3. dass das beantragte Vorhaben überwiegend in einer Betriebsstätte oder Niederlassung in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wird und diese Betriebsstätte oder Niederlassung alle erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, um eine erfolgreiche Durchführung des Vorhabens zu gewährleisten.
- 4.4. dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant worden ist und dass die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) sowie die Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) eingehalten werden.
- 4.5. dass ich/wir nicht infolge einer Produktionsverlagerung innerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder in einen anderen Mitgliedstaat Gegenstand eines Wiedereinziehungsverfahrens bin/war/sind/waren und dass ich/wir ggf. bestandskräftigen Rückforderungsanordnungen nachgekommen bin/sind.
- 4.6. dass keine Doppelförderung oder Kumulation der beantragten Zuwendung mit anderen staatlichen Beihilfen oder Zuwendungen der Europäischen Union, die für dieselben bestimmbar zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt und beansprucht werden, erfolgt und dass die beantragte Zuwendung keine Förderung für Informations- und Kommunikationstechnik-Lösungen (IKT) beinhaltet, die gegen Entgelt auch in anderen Unternehmen zum Einsatz kommen sollen und die für das andere Unternehmen eine zuwendungsfähige Maßnahme nach Nummer 2 der Richtlinie darstellen.
- 4.7. dass die Vorschriften in Bezug auf staatliche Beihilfen und die Vergabe von Aufträgen eingehalten werden.
- 4.8. dass die Finanzierung des unter Abschnitt 3 dieser Antragsunterlagen aufgeführten Eigenanteils an der Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist und dass die erforderliche Vorfinanzierung der beantragten Zuwendung durch Verfügbarkeit entsprechender Mittel gewährleistet ist. Der von mir/uns elektronisch einzureichende Nachweis (Anlage 3) mit der Unterschrift meines/unseres Steuerberaters/Kreditinstitutes/Wirtschaftsprüfers liegt mir/uns im Original vor.
- 4.9. dass für alle maßnahmebezogenen Finanzvorgänge dieses Projektes unbeschadet bestehender Buchführungspflichten gesondert Buch geführt wird oder ein geeigneter Buchführungsschlüssel verwendet wird, der die Finanzvorgänge des Projektes separat erkennen lässt (z.B. Kostenstelle, Unterkonto, Haushaltsstelle).
- 4.10. soweit die KMU-Angaben (Anlage 1 zu diesem Antrag) geschätzt oder sonst zweifelhaft sind, dass dies gesondert gekennzeichnet ist.
- 4.11. die Zahlung nicht eingestellt zu haben und dass über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet ist bzw. keine Vermögensauskunft nach § 802 c Zivilprozessordnung (ZPO) oder § 284 Abgabenordnung (AO) abgegeben wurde bzw. keine Verpflichtung zu deren Abgabe besteht oder unmittelbar bevorsteht und dass gegen mich/uns keine Zwangsvollstreckung eingeleitet oder betrieben wird.
- 4.12. dass in der Projektbeschreibung durch künstliche Intelligenz erzeugte Inhalte kenntlich gemacht wurden und in etwaig nachträglichen Beschreibungen kenntlich gemacht werden.

- 4.13. dass vom Anwendungsbereich der EU KI-Verordnung⁵ erfasste künstliche Intelligenz im Rahmen des beantragten Vorhabens in vollem Umfang den Rechten und Werten der Europäischen Union entspricht, indem die Bestimmungen der EU KI-Verordnung sowie weitere einschlägige rechtliche Bestimmungen zur künstlichen Intelligenz eingehalten werden.
- 4.14. alle Angaben im Antrag und den zugehörigen Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu habe/n (und sie ggf. durch Geschäftsunterlagen belegen zu können) und dass diese richtig und vollständig sind und ich/wir Änderungen, insbesondere solche, die sich auf die Berechnung oder Auszahlung der Zuwendung auswirken könnten, unverzüglich mitteile/n.

4.15. **Datenschutz, Veröffentlichung, Weitergabe und Prüfung von Vorhabensdaten**

☐ Ich habe / Wir haben

- 4.15.1. die Datenschutzhinweise gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) der TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH (abrufbar unter [https://www.tbi-mv.de/fileadmin/user_upload/Datenschutzhinweise Interessenten Antragsteller Kunden.pdf](https://www.tbi-mv.de/fileadmin/user_upload/Datenschutzhinweise_Interessenten_Antragsteller_Kunden.pdf) oder schriftlich anforderbar bei TBI Technologie-Beratungs-Institut GmbH, Hagenower Str. 73, 19061 Schwerin) sowie den darin enthaltenen Hinweis auf das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO zur Kenntnis genommen.

☐ Mir/Uns ist bekannt, dass

- 4.15.2. es sich um eine De-minimis Förderung im Sinne der allgemeinen De-minimis-Verordnung⁶ handelt und diese Verordnung deshalb Anwendung findet. Gemäß Artikel 6 der allgemeinen De-minimis-Verordnung werden durch die zuständige Behörde in einem öffentlich zugänglichen Zentralregister auf nationaler und Unionsebene Beihilfeangaben erfasst, insbesondere Angabe des Beihilfeempfängers, Beihilfebetrug, Tag der Gewährung, Bewilligungsbehörde, Beihilfeinstrument und betroffener Wirtschaftszweig auf der Grundlage der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Union („NACE- Klassifikation“). Ich bin / Wir sind mit der vorgenannten Speicherung, Verarbeitung, Weitergabe und Veröffentlichung von Daten einverstanden.

- 4.15.3. das beantragte und ggf. geförderte Vorhaben durch

- den Europäischen Rechnungshof,
- die Europäische Kommission,
- das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF),
- den Bundesrechnungshof,
- die Staatsanwaltschaften,
- den Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern,
- das Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit,
- die zuständige Bewilligungsbehörde und
- weitere von diesen zu Prüfungszwecken beauftragte Stellen

geprüft werden kann. Ich/Wir erkläre/n mich/uns bereit, die erforderlichen Unterlagen bereitzustellen, die notwendigen Auskünfte zu erteilen sowie den Prüfberechtigten das Betreten aller Räumlichkeiten und Grundstücke zu ermöglichen.

⁵ Verordnung (EU) 2024/1689 der Kommission vom 13. Juni 2024 (ABl. der EU L, 2024/1689, 12.07.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj>)

⁶ Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 (ABl. der EU L, 2023/2831, 15.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2831/oj>)

4.16. Subventionserheblichkeit

☐ Mir/uns ist bekannt, dass

- 4.16.1. die beantragte Zuwendung eine Subvention im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch (StGB) ist und daher sowohl diese Vorschrift als auch gemäß § 1 des SubvG M-V⁷ in Verbindung mit § 1 Absatz 1 des SubvG⁸ die §§ 2 bis 6 des SubvG Anwendung finden.
- 4.16.2. ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist und insbesondere folgende Angaben für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung und deshalb subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind:
- Angaben zum Antragsteller (Abschnitt 1 dieses Formulars, Anlage 1 „KMU-Erklärung“ und Anlage 2 „De-minimis-Erklärung“)
 - Angaben zum Projekt und zum Finanzierungsplan (Abschnitte 2 und 3 dieses Formulars, Anlage 3 „Bestätigung zum Eigenanteil an der Gesamtfinanzierung“ und Belege zur Künstlichen Intelligenz
 - alle Erklärungen im Abschnitt 4 dieses Formulars
 - alle im Zusammenhang mit den vorgenannten Punkten erbrachten weiteren Nachweise - soweit sie für das Vorhaben bei der Bewilligungsbehörde vorzulegen sind/waren - wie Organigramme zur KMU-Erklärung, Gewerbeanmeldung, Registerauszüge (Handelsregister, Vereinsregister, Genossenschaftsregister u. Ä.), aktuelle Liste der Gesellschafter, Jahresabschlüsse, Einnahmenüberschussrechnungen, unterjährige betriebswirtschaftliche Unterlagen (BWA, Summen- und Saldenlisten, Auftragslage), Finanzierungsverträge, Liquiditätsnachweise, Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträge, Businesspläne, Angebote, Fotos der Betriebsstätte in Mecklenburg-Vorpommern und des Prozesses im Ist-Zustand sowie Angaben zu wirtschaftlichen Eigentümern der Empfänger von Fördermitteln
- 4.16.3. zu den subventionserheblichen Tatsachen auch solche gehören, die für die Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind und solche, die sich auf die Art und Weise der Verwendung eines mit der Zuwendung beschafften Gegenstandes beziehen ((§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 3 Abs. 2 SubvG) sowie solche, von denen nach dem Verwaltungsverfahrenrecht (insbesondere §§ 48 bis 49a Landesverwaltungsverfahrensgesetz - VwVfG M-V) oder anderen Rechtsvorschriften die Erstattung der Zuwendung abhängig ist.
- 4.16.4. subventionserhebliche Tatsachen ferner solche sind, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).
- 4.16.5. mich/uns als Subventionsnehmer eine über alle subventionserheblichen Tatsachen erstreckende Mitteilungspflicht trifft (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 3 SubvG). Ich/wir werde/n der Bewilligungsbehörde entsprechend jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich anzeigen.
- 4.16.6. zu Unrecht – zum Beispiel aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Förderrichtlinie und Bestimmungen des Zuwendungsbescheids – erhaltene Zuwendungen insbesondere nach den für Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern geltenden Bestimmungen (insbesondere die §§ 48 bis 49 a des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes M-V) zurück zu zahlen sind.

⁷ Gesetz gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 12. Juli 1995 (GVOBl. M V 1995, S. 330)

⁸ Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I 1976, S. 2034, 2037)

5. Anlagen

Folgende Unterlagen sind Bestandteil des Antrages. Bitte kreuzen Sie die beigefügten Anlagen an.

Anlage 1 –	KMU-Erklärung (Formblatt)	☐
Anlage 2 –	De-minimis-Erklärung (Formblatt)	☐
Anlage 3 –	Bestätigung zum Eigenanteil an der Gesamtfinanzierung (Formblatt)	☐
Kopie der Gewerbeanmeldung		☐
Angebote für die zur Förderung beantragten Investitionen und sonstigen Leistungen		☐
Belege dafür, dass es sich bei den zur Umsetzung des Vorhabens notwendigen Investitionen um Künstliche Intelligenz im Sinne der Nr. 4.1 der Förderrichtlinie handelt (z.B. Leistungs-, Produktbeschreibung, technische Dokumentation des Herstellers oder Händlers der Software)		☐
Fotos der Betriebsstätte in Mecklenburg-Vorpommern und – soweit möglich - des Prozesses im IST-Zustand		☐
Sonstige:		☐
		☐
		☐